Stand: 16.12.2025 00:34:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6839

"Bessere Unterstützung für Ermittler vor Ort bei Umweltkriminalität"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6839 vom 10.06.2015
2. Beschluss des Plenums 17/6922 vom 10.06.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 10.06.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.06.2015 **Drucksache 17/6839**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bessere Unterstützung für Ermittler vor Ort bei Umweltkriminalität

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. im Bereich Umweltdelikte bei den entsprechenden Behörden die personellen Voraussetzungen zu schaffen, um nicht nur eine noch bessere Unterstützung für die Ermittler vor Ort zu leisten, sondern auch den Kontakt mit den Behörden der Nachbarländer bei der Verfolgung der Umweltkriminalität weiter zu intensivieren,
2. einmal jährlich im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz mündlich und schriftlich über die im zurückliegenden Jahr festgestellten Fälle von Umweltkriminalität Bericht zu erstatten, wobei nicht nur auf die einzelnen Deliktsgruppen und die hiermit zusammenhängenden Probleme bei der Deliktsaufklärung besonders eingegangen werden soll, sondern auch Vorschläge bzw. Konzepte vorgestellt werden sollen, wie eine Aufklärung der Fälle noch weiter verbessert werden kann.

Begründung:

Der Fund von vier abgeschnittenen Vorderpfoten von Luchsen im Mai 2015 im Landkreis Cham ist der vorläufige traurige Höhepunkt einer Reihe von illegalen Luchstötungen in Bayern. Bereits im März 2012 wurde eine mit einem Sender ausgestattete Luchsin im Bayerischen Wald vergiftet. Im Mai 2013 wurde im Bayerischen Wald eine Luchsin erschossen, die mit drei Föten trächtig war. Aufgrund des Verschwindens von per Telemetrie und Fotofallen erfasster Tiere muss davon ausgegangen werden, dass die Dunkelziffer der illegalen Luchstötungen noch weit höher liegt. Leider konnte bislang in keinem einzigen Fall der bzw. die Täter ermittelt werden.

Eine Maßnahme, um die Situation zu verbessern, wäre eine deutliche personelle Verstärkung im Bereich der Verfolgung von Umweltdelikten. Somit können die Ermittler vor Ort noch besser unterstützt werden und ein optimaler Wissenstransfer zwischen den einzelnen Behörden und den Ermittlern vor Ort gewährleistet werden.

Der jährliche Bericht im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz würde nicht nur der Informationsgewinnung der Landtagsabgeordneten dienen, sondern vor allem auch den Dialog zwischen Parlament und Ermittlungsbehörden verbessern, mit dem gemeinsamen Ziel, die Umweltkriminalität in Bayern effektiv zu bekämpfen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.06.2015 **Drucksache** 17/**6922**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**6839**

Bessere Unterstützung für Ermittler vor Ort bei Umweltkriminalität

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Markus Ganserer
Abg. Florian von Brunn
Abg. Nikolaus Kraus
Abg. Manfred Ländner
Abg. Alexander Flierl
Staatssekretär Gerhard Eck

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltkriminalität bekämpfen - unabhängige Ermittlungseinheit einrichten (Drs. 17/6822)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)
Umweltkriminalität - Vorfälle und Aufklärungsdefizite offenbaren dringenden Handlungsbedarf (Drs. 17/6838)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bessere Unterstützung für Ermittler vor Ort bei Umweltkriminalität (Drs. 17/6839)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind und die Herkunft der Mitte Mai bei Kötzting aufgefundenen – –

(Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie jetzt, Ihre Gespräche doch draußen weiterzuführen. Es ist wirklich zu laut. Man kann hier oben den Redner fast nicht hören.

Markus Ganserer (GRÜNE): Auch wenn die Herkunft der Mitte Mai im Raum Kötzting aufgefundenen Luchspfoten noch nicht geklärt ist, muss gegenwärtig davon ausge-

gangen werden, dass im Bayerischen Wald weitere schwere Straftaten im Bereich der Umweltkriminalität verübt worden sind. Leider Gottes war das nicht das erste Verbrechen dieser Art. Ich erinnere an die beiden in den Jahren 2012 und 2013 getöteten Luchse. Auch hier liefen die Ermittlungen bedauerlicherweise ins Leere und die Verfahren sind eingestellt worden. Bedauerlicherweise muss auch davon ausgegangen werden, dass im Dunkelfeld noch weitere Straftaten begangen worden sind, die bisher unentdeckt geblieben sind. So schreibt die Bayerische Staatsregierung in ihrer Antwort auf meine Anfrage zu illegalen Luchstötungen: Im Hinblick auf die Populationsentwicklung ist es naheliegend, dass illegale Nachstellungen diese beeinflussen.

Dabei handelt es sich nicht nur um Delikte wie Falschparken oder Ladendiebstahl, sondern um den Straftatbestand der Jagdwilderei nach dem Strafgesetzbuch sowie um eine Straftat nach dem Bundesnaturschutzgesetz. Wenn man sich die Brutalität der aktuellen Vorfälle vor Augen führt und sich bewusst macht, dass ein Luchs einem Menschen nicht jeden Tag begegnet oder vor die Flinte läuft, sondern dass man dieser seltenen Tierart schon intensiv nachspüren muss, dann wird deutlich, mit welcher immensen kriminellen Energie die Täter hier handeln.

Daher muss hier im Hohen Haus deutlich zum Ausdruck gebracht werden, dass seitens der Politik derartige kriminelle Handlungen entschieden missbilligt werden und dass die Bevölkerung zur Mithilfe bei der Ermittlung der Täter aufgefordert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erklärtes Ziel der Staatsregierung ist es, den Luchs im Bayerischen Wald zu erhalten.Deswegen sage ich ganz bewusst mit Blick auf die Staatsregierung: Lassen Sie sich an dieser Stelle nicht länger von einigen wenigen auf der Nase herumtanzen, sondern tun Sie alles Notwendige, um diese Straftaten schnell und vollständig aufzuklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Strafverfolgung dieser Verbrechen braucht es ohne jeden Zweifel entsprechendes Fachwissen bei der Tatortarbeit, bei der Spurensuche und bei der Spurensicherung. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass dieses Fachwissen automatisch in jeder Polizeiinspektion vorhanden ist. Bei jedem neuen Fall muss die neu zuständige Polizeiinspektion die Ermittlungen von Neuem aufgreifen, ohne nahtlos an die Ermittlungsansätze der alten Fälle anknüpfen zu können.

Deshalb sollten wir uns ein Beispiel am Nachbarland Österreich nehmen, welches bei der Bekämpfung der Umweltkriminalität vorbildlich ist. Dort gibt es seit weit über zehn Jahren sowohl beim Bundeskriminalamt als auch in jedem Bundesland beim LKA ein eigenes Fachreferat für Umweltkriminalität. Als jüngsten Ermittlungserfolg konnte die Fachabteilung beim LKA in Oberösterreich Mitte April einen Luchskadaver sicherstellen. Die dort gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse sowie die Erfahrungen der Ermittlungsarbeit wären sicherlich auch für die Ermittlungen im Bayerischen Wald äußerst dienlich. Ohne jeden Zweifel würde der Informationsaustausch mit Spezialeinheiten in anderen Ländern deutlich besser laufen, wenn auch bei uns die Zuständigkeit bei einer Spezialeinheit gebündelt wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Forderung nach einer Soko Luchs wird deswegen nicht nur von den Natur- und Tierschutzverbänden, sondern auch vom Präsidenten des Bayerischen Jagdverbandes geteilt und unterstützt. Eine Sonderkommission hätte allein im Bereich der Jagdwilderei und der Artenschutzkriminalität in Bayern wahrlich genug zu tun. Laut Landesamt für Umwelt wurden seit dem Jahr 2000, innerhalb der letzten 14 Jahre, 245 illegale Vogelmorde in Bayern entdeckt. Allein im Jahr 2013 sind im Landkreis Rhön-Grabfeld innerhalb von zwei Wochen 15 Greifvögel vergiftet aufgefunden worden. Das ist kein Falschparker. Nein, es handelt sich um einen Serienverbrecher. Genau so muss man diese Verbrechen ahnden, aufklären und ermitteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwar handelt es sich bei dem Begriff "Umweltkriminalität" um keinen allgemeingültig definierten Begriff; das hat das Land Brandenburg jedoch nicht davon abgehalten, eine Fachkommission für schwere Umweltkriminalität beim Landeskriminalamt einzurichten. Notwendig wäre eine solche Sonderermittlungseinheit "Umweltkriminalität" über die Artenschutzkriminalität hinaus auch in Bayern, zum Beispiel im Bereich der Abfallkriminalität. Ich erinnere nur an den Umweltskandal bei TechnoSan. Notwendig wäre die Ermittlungseinheit auch bei Straftaten im Zusammenhang mit dem Inverkehrbringen von Lebensmitteln. Als Beispiel hierfür möchte ich den Gammelfleisch-Skandal nennen.

Im Rahmen der Ermittlungsarbeiten ist es zwingend notwendig, dass die Ermittlungsbehörden mit den entsprechenden Fachbehörden gut und intensiv zusammenarbeiten. Deswegen brauchen wir unserer Auffassung nach über die Sonderermittlungskommission beim LKA hinaus ganz dringend eine Koordinierungsstelle für Umweltkriminalität beim Umweltministerium, die als zentrale Schnitt- und Informationsstelle zwischen Ermittlungseinheiten und den entsprechenden Fachbehörden agiert.

Zusammenfassend ist es dringend geboten, die Umweltkriminalität in Bayern wirksamer zu bekämpfen. Dafür braucht es nach unserer Überzeugung eine Spezialeinheit. Deswegen werden wir dem Antrag der SPD zustimmen, weil die SPD das Gleiche fordert. Beim Antrag der FREIEN WÄHLER befinden wir uns inhaltlich zwar auf gleicher Linie, nur geht uns die Forderung, mehr Personal für die örtliche Polizei bereitzustellen, nicht weit genug. Das allein ist nicht zielführend. Wir brauchen eine spezielle Facheinheit. Deswegen werden wir uns beim Antrag der FREIEN WÄHLER enthalten. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ganserer. – Unser nächster Redner ist Herr Kollege von Brunn. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einem guten halben Jahr haben wir an dieser Stelle über unseren Berichtsantrag "Umweltkriminalität aufdecken – Ermittlungsbehörden stärken!" diskutiert. Konkreter Anlass waren damals die Artenschutzdelikte, die Herr Kollege Ganserer gerade genannt hat. Dazu zählte die illegale Tötung von Greifvögeln im Landkreis Rhön-Grabfeld. Dazu zählte ebenfalls das Ertränken von zwei Fischottern in einem mit Steinen beschwerten Sack im Jahr 2014 in der Oberpfalz sowie die Tötung der Luchse in den Jahren 2012 und 2013. All diese Fälle sind meines Wissens bis heute nicht aufgeklärt. Vor einem halben Jahr hat der Kollege von der CSU-Fraktion an dieser Stelle wörtlich erklärt, das alles sei kein Problem. Es gebe keine Defizite und keine Nachlässigkeiten in Bayern. Inzwischen gab es im Februar dieses Jahres einen Bericht des Innenministeriums zu diesem Antrag, unterzeichnet von einem bekannten CSU-Vorzeigenaturschützer, dem Innenstaatssekretär Gerhard Eck. Auf gerade vier Seiten befinden sich aggregierte Zahlen ohne Aussagekraft. Da wird behauptet, Bayern sei bei der Aufklärung von Umweltstraftaten spitze.

Leider widerlegt die Realität Ihr lautes Pfeifen im Wald, Ihr Eigenlob. Vor drei Wochen – Sie haben es bereits gehört – wurden mehrere weitere Luchse getötet und die abgeschnittenen Vorderbeine als Provokation vor das Haus zweier renommierter Luchs- und Naturschützer gelegt. Das Töten geht also weiter. Offensichtlich haben die Täter keine Angst vor den bayerischen Ermittlungsbehörden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, während im Harz in Niedersachen die Luchs-Population zunimmt, stagniert die Zahl der Luchse in Bayern seit vielen Jahren wegen der Wilderei und Tötung. Deswegen sieht die TU München den Bestand der bayerischen Luchse als grundsätzlich gefährdet an. In diesem Zusammenhang ist es gut, dass das Umweltministerium 10.000 Euro Belohnung für die Ergreifung der Täter oder für Hinweise auf die Täter ausgelobt hat; denn es ist endlich Zeit, dass diesem Treiben Einhalt geboten wird. Es ist aber auch Zeit, dass Sie die Defizite bei der Bekämpfung von Umweltkriminalität einräumen und strukturelle Verbesserungen anpacken. Sie

müssen endlich die Voraussetzungen für die Ermittlung der Täter schaffen. Das fängt damit an, dass Straftaten durch Behörden konsequent zur Anzeige gebracht werden müssen. Die manchmal durch Überlastung bedingte Ermittlungsunwilligkeit muss abgestellt werden. Die Rahmenbedingungen müssen, zum Beispiel durch Fortbildungen und bessere Ausrüstung, verbessert werden. Dadurch wird die Aufklärungsquote bei Artenschutzstraftaten erhöht.

Deshalb fordern wir die Staatsregierung mit unserem Antrag auf, dem Landtag konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie Umweltkriminalität und Artenschutzdelikte effektiv bekämpft werden können. Sie soll eine Sonderkommission gegen Wilderei und Artenschutzkriminalität einrichten und sie auf Dauer beibehalten, um weitere Umweltverbrechen in Zukunft aufdecken zu können.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dem Antrag der GRÜNEN natürlich zustimmen, der mehr oder weniger das Gleiche formuliert. Wir werden dem Antrag der FREIEN WÄHLER ebenfalls zustimmen, weil wir die Ergänzung durch eine Stärkung der Ermittlung vor Ort für sinnvoll halten.

Erlauben Sie mir einen letzten Satz zu dem Thema. Der Luchs ist in Bayern schon einmal im Jahr 1846 ausgerottet worden. Damals wurde das letzte Tier im Bayerischen Wald getötet. Diese Bayerische Staatsregierung trägt eine hohe Verantwortung dafür, dass dies nicht noch einmal geschieht.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr von Brunn. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Umweltministerin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute schon einmal über Tiere gesprochen. Jetzt haben wir ein spezielles Tier, nämlich den Luchs, zum Thema. Ich

bin der dritte Redner. Zwei Redner haben schon einiges gesagt. Wie mein Vorredner gerade erwähnt hat, wurde der Luchs in Bayern Mitte des 19. Jahrhunderts ausgerottet. Gott sei Dank stößt der Luchs jedoch bei der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung wieder auf große Zustimmung.Ich darf erwähnen, dass zum Beispiel der Bayerische Jagdverband mittlerweile klar Stellung zur Wiederansiedlung des Luchses bezogen hat. Die Wiederansiedlung des Luchses, dieser großen Miezekatze, bereitet allerdings Probleme, weil man in der Vergangenheit, wie schon von den Vorrednern erwähnt, leider einige illegale Luchstötungen gehabt hat; 2012 wurde eine Luchsin vergiftet, 2013 eine trächtige Luchsin erschossen. Jetzt vor Kurzem gab es den traurigen Höhepunkt mit diesen vier Pfoten, die gefunden worden sind. Auch ist erwähnt worden, dass die Dunkelziffer wahrscheinlich viel höher ist; denn mittlerweile müssten wir eine größere Luchspopulation haben, als nachgewiesen werden kann. Bei den genannten Fällen konnte leider kein einziger Ermittlungserfolg erzielt werden. Kein Täter wurde überführt. Ich darf noch einmal erwähnen, dass vom Umweltministerium dankenswerterweise 10.000 Euro zur Ergreifung der Täter ausgesetzt worden sind. Das ist sehr löblich. Ob dies allein aber zum Ziel führt, ist fraglich. Der Luchs ist nur ein Beispiel.

Wir haben in der Vergangenheit bei der Umweltkriminalität, was mittlerweile der Oberbegriff ist, Probleme bei den Greifvögeln, auch bei der Müllentsorgung und bei einigen anderen Punkten gehabt. Im Bereich Umweltkriminalität müssten unserer Meinung nach, also nach Meinung der FREIEN WÄHLER, die Fäden gezielter zusammenlaufen und geeignete Stellen personell verstärkt werden, damit man endlich einmal zu einem Erfolg kommt. Es ist schon gesagt worden: Im Ausland, in Tschechien und Österreich, machen sie uns das vor. Dort gibt es in diesem Bereich eine wesentlich bessere Personalausstattung. Aber auch wir, der Bayerische Landtag, werden zu diesen Themen unseren Beitrag leisten müssen. Deswegen lautet unser Vorschlag, dass im Umweltausschuss oder im Landwirtschaftsausschuss jährlich oder nach Bedarf, wenn es da ein Problem gibt, berichtet wird.

Nun komme ich zu den Anträgen. Der SPD-Antrag ist in seinen drei Punkten dem Antrag der GRÜNEN relativ ähnlich. Zwei Punkte sind eigentlich gleich. Der eine Antrag verwendet das Wort Sonderkommission, der andere das Wort Sonderermittlungseinheit. Sonderkommission, Abkürzung Soko, ist ein Begriff, mit dem wir uns nicht so anfreunden können, weil viele Leute Soko, wenngleich hier Umweltkriminalität vorhanden ist, mit noch schlimmeren Verbrechen assoziieren. Die Aufgabe dieser Soko wird die Aufklärung von Umweltkriminalität sein, wobei die GRÜNEN sie gern im Umweltministerium ansiedeln würden. Im Umweltministerium haben wir wiederum die unteren Naturschutzbehörden, die draußen vor Ort zum Teil sehr gut arbeiten. Deswegen sollte so etwas aus unserer Sicht nicht beim Umweltministerium angesiedelt werden.

Die FREIEN WÄHLER haben einen Vorschlag, haben eine Lösung, und diese Lösung ist unser Antrag. Unser Antrag besteht klipp und klar aus zwei Punkten. Erstens. Es gilt, die personellen Voraussetzungen zu schaffen, wobei es uns wichtig ist, dass die vor Ort vorhandenen Einsatzkräfte unterstützt werden. Wir glauben nicht, dass eine externe, von ganz oben gesteuerte Behörde in der Lage ist, das vor Ort, zum Beispiel im Bayerischen Wald, ganz alleine zu lösen. Unser Vorschlag lautet: Personelle Unterstützung durch externe Personen, die das aus einem anderen Blickwinkel, allerdings in Verbindung mit den Leuten vor Ort, bekämpfen. Ich darf noch einmal den Kontakt mit den Nachbarländern erwähnen. Österreich, es wurde schon genannt, hat mittlerweile wesentlich größere Erfolge vorzuweisen als wir.

Wie schon erwähnt, lautet der zweite Teil unseres Antrags, im Umweltausschuss jährlich oder nach Bedarf zu berichten. Darüber, dass diese unfassbare Umweltkriminalität nicht toleriert werden kann, sind sich hoffentlich alle vier Fraktionen in diesem Hohen Hause einig. Eigentlich müsste man da gar nicht abstimmen, weil, wie gesagt, klare Einigkeit bestehen müsste. Damit man solche Freveltaten in Zukunft vermeiden kann, wäre es am besten, die Taten der Vergangenheit aufzuklären. Dazu müssen wir in Hoffnung auf Zustimmung zum Antrag der FREIEN WÄHLER unseren Teil beitragen.

Ich empfehle den FREIEN WÄHLERN die Enthaltung bei den Anträgen der GRÜNEN und der SPD, weil eine weit oben angesiedelte extra Sondereinheit aus unserem Blickwinkel nicht der richtige Weg ist. Deswegen werden wir uns da enthalten, aber in der Hoffnung auf eine Mehrheit für den Antrag der FREIEN WÄHLER, damit wir solche Freveltaten, eine so brutale Umweltkriminalität gegenüber den Luchsen, die aus unserer Sicht noch die besten der großen Beutegreifer sind und deswegen eine Daseinsberechtigung bei uns im Land haben, in Zukunft verhindern. Deswegen bitte ich um Zustimmung und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Kraus. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe an dieser Stelle bekannt, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/6822 beantragt hat. – Unser nächster Redner ist der Kollege Ländner.

Manfred Ländner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Im Bayerischen Wald hat sich ein trauriger Fall eines Frevels an Tieren ereignet. Zu der pathologisch-veterinärmedizinischen Aufarbeitung wird Kollege Flierl noch etwas sagen. Mir geht es heute um die Frage, warum wieder eine Sonderkommission gefordert wird.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Weil es notwendig ist!)

Wir sind es ja gewohnt, dass sich die GRÜNEN sehr gerne in die Organisationsstruktur der bayerischen Polizei einmischen. Es steht Ihnen als Opposition im Bayerischen Landtag zu, immer wieder neue Sonderkommissionen zu fordern. Ich würde aber Folgendes sagen, liebe Freunde. Wir als CSU stehen dafür, dass unsere bayerische Polizei gut aufgestellt und durchaus in der Lage ist, auch den Frevel an einem Luchs im Bayerischen Wald sinnvoll zu verfolgen.

(Markus Ganserer (GRÜNE): Offensichtlich nicht!)

Ich zitiere die Überschrift einer Pressemeldung: "Hoher polizeilicher Ermittlungsaufwand nach Auffindung von Luchs-Läufen". Liebe Freunde, was sollen wir noch tun? Wir haben eine bayerische Polizei, die ermittelt und gerade in diesem Fall einen hohen Ermittlungsaufwand betreibt. Wozu brauchen wir da eine Sonderkommission? - Ich würde mich ernsthaft fragen, ob es wirklich erforderlich ist, wegen jedem Vorfall in Bayern eine Sonderermittlungskommission zu fordern. Da könnten wir unser ganzes System hintanstellen. Das ist doch ein Krampf. Wir haben bei der Bewältigung solcher Dinge Vertrauen in unsere bayerische Polizei.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der mir am Herzen liegt, dann höre ich schon auf: Wir haben den Punkt 9, Dringlichkeitsanträge. Ich frage mich wirklich, ob der Bayerische Landtag angesichts der Probleme im Land, in der Welt und überall sich wirklich darüber unterhalten muss, ob es erforderlich ist, wegen vier Luchspfoten eine Sonderermittlungskommission der bayerischen Polizei einzusetzen. Also, liebe Freunde, irgendwo hört es einmal auf. Damit beende ich meinen Beitrag.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das, was Sie gerade gesagt haben, ist genau das Problem. Sie wollen nicht!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Ländner. – Nächster Redner ist der Kollege Flierl. – Bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Damit kein falscher Zungenschlag in die Debatte kommt, möchte ich gleich zu Beginn festhalten und feststellen, dass die Rechtslage eindeutig ist: Der Luchs, aber auch zum Beispiel der Fischotter, ist nach dem Bundesnaturschutzgesetz besonders und streng geschützt. Damit stellt jeder Zugriff, das Fangen, das Verletzen, das Töten, eine Straftat dar. Daneben ist es natürlich auch Jagdwilderei. Aber genauso klar wie die Rechtslage ist auch unsere Haltung.Die Vorfälle in den Jahren 2012 und 2013 mit einem vergifteten und einem erschossenen Luchs, aber auch die Vorkommnisse im Bayerischen Wald,

falls es sich dabei um illegale Tötungen handeln sollte - die Ermittlungen dazu laufen noch –, sind verwerfliche, durch nichts zu rechtfertigende, schändliche Taten. Gerade die hohe Bedeutung des letzten Falls, der durchaus als Provokation zu werten ist, findet in den Ermittlungstätigkeiten einen Niederschlag, in dem engen und intensiven Austausch der Ermittlungsbehörden mit den Naturschutzbehörden, die ständig miteinander in Kontakt stehen und sich abstimmen. Sie schlägt sich aber auch nieder in der besonders hohen Belohnung, die durch das Umweltministerium und unsere Umweltministerin ausgelobt wurde.

Die heute eingebrachten drei Dringlichkeitsanträge sind weder zielführend, noch sind sie von Sachkenntnis geprägt. Ich glaube, wir müssen einmal festhalten, dass Umweltdelikte Offizialdelikte sind, das heißt, sie müssen verfolgt werden. Wenn ein Ermittlungsbeamter von einem solchen Delikt Kenntnis erhält, muss er Ermittlungen einleiten.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist die Theorie!)

Bedenklicher ist aber, dass diese Anträge tendenziös sind. Die Vorwürfe, die heute in der Debatte gebracht wurden, sind ungeheuerlich: Es herrsche Nachholbedarf. Es werde nicht mit Nachdruck ermittelt. Es sei zu wenig Personal vorhanden. Dringende Verbesserungen seien notwendig.

(Florian von Brunn (SPD): Sehen Sie sich doch die Überstunden bei der Polizei an!)

Diese Vorwürfe sind falsch. Im Gegenteil: Alles Notwendige wurde eingeleitet. Die Behörden vor Ort haben schon Gutachten in Auftrag gegeben. Es wird bereits untersucht, woher diese Luchspfoten kommen und wie sie abgetrennt wurden. Es wird untersucht, in welchem Zustand die Pfoten ausgebracht wurden, um Erkenntnisse zu erzielen und um festhalten zu können, ob eine illegale Tötung vorliegt und ob Rückschlüsse auf den Täter gezogen werden können.

Das Wichtigste ist, dass die Ermittlungen vor Ort geführt werden. Die Ermittlungsbehörden vor Ort sind eingeschaltet und mit der Aufklärung betraut; denn sie haben den Zugriff auf das gesamte Repertoire. Sie können auf das Spezialwissen beim LKA zurückgreifen und bei Laboren Gutachten in Auftrag geben, wie das bereits geschehen ist. Eines ist bei Umweltdelikten durch nichts zu ersetzen, nämlich die Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten. Darauf kommt es an. Deshalb ist es wichtig und sinnvoll, dass die Behörden vor Ort die Aufklärung übernehmen. Eine Sonderermittlungseinheit führt hier nicht weiter.

Einem Anschein, der durch die Anträge suggeriert wird, muss ich ganz klar entgegentreten: In diesem Fall wird weder bagatellisiert noch weggeschaut.

(Florian von Brunn (SPD): Was hat Herr Ländner gerade gemacht?)

- Lieber Herr Kollege von Brunn, wenn Sie den Bericht, den Ihre Fraktion angefordert hat und der auch mit Datum vom 09.02.2015 gegeben wurde, genau gelesen hätten, würden Sie feststellen, dass die Umweltdelikte nur 0,5 bis 0,6 % der Gesamtzahl der Delikte ausmachen. Allerdings haben wir bei diesen Delikten eine ständig steigende Aufklärungsquote von fast 80 %. Im Bundesdurchschnitt wird nicht einmal eine Aufklärungsquote von 65 % erreicht. Und da wollen Sie uns vormachen, dass andere Länder für uns ein Beispiel sein sollen? - Das sind schlechte Beispiele. Diesen Beispielen werden wir nicht folgen.

(Beifall bei der CSU)

Bei uns in Bayern gilt auch für den Artenschutz und Umweltdelikte, dass wir gegenüber Straftätern und Straftaten keine Toleranz gelten lassen. Dies ist der bayerische Weg, den wir auch weiterverfolgen werden.

Ich möchte neben der Strafverfolgung und der Repression noch auf einen weiteren Gesichtspunkt hinweisen: Wir als CSU-Fraktion stehen zu den Festlegungen im Managementplan "Luchse in Bayern", der in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Behör-

den und Verbänden erarbeitet worden ist. Herr Kollege Kraus, der Bayerische Jagdverband ist dabei übrigens von Anfang an dabei gewesen, auch der LBV und der Bund Naturschutz. Hier hat man sich zu einer Trägergemeinschaft zusammengefunden und arbeitet gemeinsam in den Projekten, zum Beispiel im Luchs-Projekt oder in dem neuen Projekt Trans-Lynx, mit dem der Bestand grenzüberschreitend überwacht wird. Im Managementplan ist auch festgehalten, dass der Luchs Bestandteil der ursprünglichen Lebensgemeinschaft im Bayerischen Wald und in anderen waldreichen Regionen Bayerns ist. Selbstverständlich unterstützen wir eine natürliche Ausbreitung in geeigneten Habitaten mit dem ganz klaren Ziel, eine vitale Population herzustellen und, wo vorhanden, zu erhalten, die sich ihren Lebensraum selbst sucht.

Dies unterstützen wir durch eine entsprechende finanzielle Förderung der diversen Projekte für den Luchs. Zu diesen Projekten gehört auch, dass wir die Akzeptanz der Öffentlichkeit, der Bevölkerung, steigern, sachlich und fachlich fundiert informieren und aufklären. Dies ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Prävention. Nur das, was ich kenne und was ich schätze, schütze ich auch. Durch Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit können wir solchen Taten von Anbeginn begegnen.

Lassen Sie mich daher zusammenfassen: Alle drei Dringlichkeitsanträge sind lediglich Effekthascherei. Sie zeichnen, wie dies bei der Opposition üblich ist, ein Zerrbild der bayerischen Wirklichkeit.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Na, na, na!)

Wir haben keinen Nachholbedarf und keine Belehrung nötig, weder beim Tierschutz noch beim Natur- und Artenschutz, und auch nicht bei der Verfolgung entsprechender Delikte.

(Beifall bei der CSU – Harry Scheuenstuhl (SPD): Hühnerskandal und Eierskandal! Was brauchen wir denn noch?)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Flierl. – Herr Kollege von Brunn hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Flierl, wie ernst Sie dies nehmen, hat man an den letzten Bemerkungen des Herrn Kollegen Ländner gemerkt, der es nicht einmal für nötig hält, dass dieses Thema im Bayerischen Landtag behandelt wird.

Zweitens. Wir messen sie nicht an einer Statistik, in der alle möglichen Zahlen sind und in der Sie selbst einen bayerischen Spitzenplatz bei der Aufklärung konstruieren. Wir messen Sie an den Ergebnissen in konkreten Einzelfällen. Sie müssen mir einmal erklären, welcher dieser konkreten Einzelfälle bis heute aufgeklärt worden ist. Wie können Sie erklären, dass die Luchspopulation im Harz wächst und in Bayern stagniert? - Erklären Sie mir das doch bitte.

(Beifall bei der SPD)

Alexander Flierl (CSU): Zunächst einmal: Die Statistik spricht wohl für sich selbst. Wir hatten im Jahr 2013 eine Aufklärungsquote von 79,1 % bei den Umweltdelikten. Von 3.744 erfassten Fällen wurden 2.963 aufgeklärt. Ich denke, das kann sich sehen lassen. Das war eine harte Ermittlungsarbeit für die Behörden vor Ort, die diese Fälle aufgeklärt haben. Da wurde nichts beschönigt und nichts reingerechnet. Diese Zahlen sprechen klar und eindeutig für sich.

So ist es nun einmal: Wir leben nicht im Kommunismus. Es wird immer Straftaten und Fälle geben, die nicht aufgeklärt werden können. Das gilt für andere Deliktfelder genauso, für die Betäubungsmittelkriminalität, für den Diebstahl, für Eigentumsdelikte usw. Sicherlich, diese Fälle sind nicht aufgeklärt worden. Die Ermittlungen werden aber selbstverständlich mit aller Energie geführt. Die Ermittlungen in diesem letzten Fall zeigen klar und eindeutig, dass die Ermittlungsbehörden nichts auf die leichte Schulter nehmen und alles versuchen, um die Täter zu ermitteln.

In der Frage, warum die Luchs-Population im Harz wächst und im Bayerischen Wald nicht, gibt es nur Vermutungen und Annahmen. Diese Frage wird derzeit wissenschaftlich untersucht. Es ist sehr schwierig, dazu Feststellungen zu treffen. Die Untersuchungsbereiche werden ständig ausgeweitet und sind aus gutem Grund sehr groß. Ich glaube, hier besteht noch sehr viel Forschungsbedarf. Sicherlich liegt dieser Umstand aber nicht nur daran, dass es illegale Nachstellungen und illegale Tötungen gibt. Wir müssen auch sehen, wie das Habitat bestellt ist etc. Ich halte es aber für sehr weit hergeholt, wenn behauptet wird, dass in Niedersachsen die Luchs-Population wachse, weil dort eine Sonderermittlungsbehörde eingerichtet wurde und in Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU – Harry Scheuenstuhl (SPD): Schauen wir mal!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Flierl. – Jetzt hat sich noch Herr Staatssekretär Eck zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will und kann es an dieser Stelle ganz kurz machen, weil Herr Kollege Flierl bereits umfangreich berichtet hat. Herr von Brunn, zunächst an Sie ein herzliches Dankeschön. Wenn Sie Recht haben, haben Sie Recht. Sie haben mich als einen Vorzeige-Tierschützer und –Naturschützer bezeichnet. Dafür herzlichen Dank an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Vor allem im Steigerwald!)

Liebe Damen und Herren, mir geht es nur noch einmal darum, festzustellen, dass es nicht so stehen bleiben kann, wie es von der Opposition dargestellt wurde. Dass alle diese Dinge einfach nicht gemacht worden seien, ist schlichtweg falsch. Das liegt absolut neben der Sache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen Ermittlungen sind die Fachorganisationen mit dazugeladen und mit zu Rate gezogen worden. Sie haben letztendlich auch bei den Ermittlungsarbeiten Unterstützung geleistet: das Landratsamt, die Jagd- und Na-

turschutzbehörde, das Landesamt für Umweltschutz, die Naturschutzverbände und der Jagdverband. All diese Institutionen wurden miteinbezogen und last but not least auch das Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung in Berlin. Wenn Sie nun hier sagen, es sei keine Fachkompetenz vorhanden, verstehe ich, mit Verlaub, die Welt nicht mehr, lieber Herr von Brunn.

(Florian von Brunn (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

Gerade beim letzten Fall – ich brauche das im Grunde nicht zu wiederholen – sind die PI in Bad Kötzting mit einer eigenen Ermittlungsgruppe mit vier Personen plus die Fachorganisationen zurzeit dabei, den Entwurf einer Ermittlungskonzeption aufzubauen.

Es ist für mich schier unfassbar, dass hier gesagt wird, man beschäftige sich nicht richtig mit dieser Problematik. Wir setzen sehr wohl Sonderkommissionen ein. Das ist überhaupt keine Frage. Das geschieht aus unserer Sicht in vorzüglicher Weise. Da brauche ich die Statistik nicht mehr zu bemühen. Es ist alles genug deutlich gemacht worden. – Sie sagen jetzt, irgendwelche Fälle seien unaufgeklärt geblieben. Das liegt daran, dass keine Spuren vorhanden waren. Mit einer zentralen Organisation bei unserer Polizei, die dann in ganz anderen Regionen Bayerns tätig werden soll, werden wir keine Lösung finden; denn es fehlen der örtliche Bezug und die Fachkenntnis. Wir haben zum Beispiel den Luchs nicht überall, und wir haben auch nicht überall Rehwild oder Rotwild.

Dass diese Straftaten unerträglich sind, darüber brauchen wir nicht lange zu reden. Aber letztlich sind wir mit unserer Polizeiarbeit auf einem ausgezeichneten Weg. Mir ist es in diesem Moment wichtig, hier zum Ausdruck zu bringen, dass alles Mögliche getan worden ist bis dahin und dass 10.000 Euro Belohnung ausgesetzt wurden.

Können Sie mir sagen, wo und in welchem Land eine solche Belohnung ausgesetzt wird, um solcher Vorfälle Herr zu werden? - Ich bin davon überzeugt, dass die Arbeit unserer Polizei diesbezüglich als ausgezeichnet bewertet werden kann. Ich weiß nicht,

ob man noch etwas verbessern könnte. Wenn Sie dazu einen vernünftigen Vorschlag haben, sagen Sie es uns bitte. Ich meine, wir sind auf einem ausgezeichneten Weg. In diesem Sinne bitte ich, die Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Der Kollege Ganserer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich habe eine Frage zu den 250 getöteten Greifvögeln in Bayern. Wie viele dieser Straftaten wurden aufgeklärt? – Eine weitere Frage: Wie sieht das LfU die Aufklärungsquote bei diesen Straftaten im Bereich der Umweltkriminalität? Ist Ihre Kabinettskollegin damit zufrieden oder haben wir hier nicht vielmehr eine Bankrotterklärung, wenn man feststellen muss, dass so gut wie keine einzige Straftat aufgeklärt wurde? – Sie sagten eben, das Fachwissen vor Ort sei vorhanden. Laut Antwort der Staatsregierung auf meine Anfrage zu den illegalen Luchstötungen ist der Ermittler bei der vergifteten Luchsin Tessa erst einen Tag nach der Anzeige tätig geworden. Was hat er denn da gemacht?

Stimmen Sie mir zu, dass es bei der Spurensuche und den Ermittlungen um Zeit geht? Es wäre notwendig, den Tatort schnell abzusuchen, um zum Beispiel Kot von diesem Tier zu finden. Hat da jede Polizeiinspektion die entsprechenden Fachleute, die Luchskot erkennen könnten?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es ist bei der Spurensuche und der Tatortermittlung doch wahnsinnig wichtig, entsprechendes Fachwissen bei der zuständigen Polizeiinspektion zu haben. Insofern spricht sehr viel dafür, eine Sonderkommission einzuführen, die dieses Fachwissen mitbringt und die Tatorte entsprechend untersucht, wobei sie auf jedes Detail achten muss.

Wenn wir feststellen, dass bisher so gut wie keine dieser Straftaten aufgeklärt werden konnte, muss endlich gehandelt werden, um zu einer höheren Aufklärungsquote zu kommen. Offensichtlich ist man bisher nicht ausreichend an die Ermittlungsarbeit herangegangen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Zur Aufklärung kann ich Ihnen an dieser Stelle jetzt keine Zahlen liefern. Wenn Sie es wünschen, bekommen Sie sie noch nachgereicht. Sagen Sie es mir bitte anschließend.

Im Übrigen bin ich sehr wohl davon überzeugt, dass die Ermittlungsarbeiten in einem ausgezeichneten Maße durchgeführt werden. Ich kann mich an dieser Stelle nur wiederholen. Vier Polizisten sind in dieser Ermittlungsgruppe. Was bitte kann man letzten Endes noch mehr tun?

Wenn keine Spuren zu finden sind, dann kann man sie auch nicht herbeibeten. Es gibt leider Menschen, die das mit einer unglaublich kriminellen Energie tun. Aber wir tun alles Menschenmögliche, um zum Erfolg zu kommen.

Wie gesagt, wenn Sie die Zahlen wollen, sagen Sie es mir bitte noch. Dann werden wir sie Ihnen nachliefern.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Zu einer persönlichen Erklärung zur Aussprache nach § 112 hat sich der Kollege Ländner gemeldet. Das heißt, der Redner darf nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen ihn geführt wurden oder seine eigenen Ausführungen berichtigen. Er darf keine Ausführungen zur Sache machen. Sie haben fünf Minuten Zeit, Herr Kollege Ländner.

Manfred Ländner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege von Brunn, Sie haben in Ihrem Redebeitrag erkennen lassen, dass mir persönlich das Tierwohl

egal sei. Das stimmt nicht. Meine Ausführungen gingen dahin, dass wir keine Sonderermittlungskommission brauchen. Sie haben meinen und den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs – ich habe zu Beginn meiner Rede betont, dass auch Herr Flierl noch zur Sache reden wird – entnehmen können, dass hier die polizeilichen Ermittlungsbehörden mit Hochdruck arbeiten, um dieses Delikt aufzuklären. Bitte werfen Sie mir nicht vor, dass mir das egal sei. Mir ist es nicht egal. Mir ist kein Naturfrevel egal, auch nicht die Vorfälle um die Luchse und die Pappeln und andere Vorfälle

Mir geht es darum, dass wir keine Sonderermittlungsbehörde brauchen. Der Widerspruch in Bayern, der sich erhebt, wenn irgendwo in Eibelstadt der Bürgermeister ein paar Pappeln fällt und dafür 4.000 Euro bezahlen muss, während auf der anderen Seite in Thüngersheim die Naturschutzbehörde einen ganzen Wald fällen lässt, - -

(Zurufe von den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, jetzt muss ich Sie ein bisschen bremsen. Das sind Ausführungen zur Sache.

Manfred Ländner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Frau Präsidentin, es sind Dinge, die wir heute nicht aufklären können, und deshalb spreche ich auch nicht darüber.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN)

Darum meine persönliche Erklärung: Wir können heute nicht die Widersprüche im Naturschutz aufarbeiten. Wir können nur eines klarstellen, dass nämlich der Manfred Ländner persönlich – darum die persönliche Erklärung – dagegen ist, dass ein solcher Saustall passiert. Dagegen wehren wir uns. Die Polizei ist gerüstet, das aufzuklären, ohne dass wir eine Ermittlungssonderkommission dazu benötigen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Ländner. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Da für den Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt ist, lasse ich zunächst in einfacher Form über die Anträge von SPD und FREIEN WÄHLERN abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6838 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Das sind die FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6839 - das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6822; das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Diese Abstimmung wird in namentlicher Form durchgeführt. Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 18.40 bis 18.45 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir mit dem letzten Paket von Dringlichkeitsanträgen fortfahren können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Solange Sie Ihre Plätze einnehmen, darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Bause, Hartmann, Ganserer und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unter dem Titel "Umweltkriminalität bekämpfen – unabhängige Ermittlungseinheit einrichten" auf Drucksache 17/6822 bekannt geben. Mit Ja haben 51 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 76 gestimmt. 14 haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.06.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Umweltkriminalität bekämpfen - unabhängige Ermittlungseinheit einrichten (Drucksache 17/6822)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			X
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried			
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			X
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl			
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian			
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas			
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			X
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			X
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	51	76	14